

Sammlung der eidgenössischen Gesetze

Erscheint nach Bedarf. Preis 7 Franken im Jahr, 4 Franken im Halbjahr,
zuzüglich Nachnahme- und Postbestellungsgebühr

INHALT: Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (S. 57). — Alkoholgesetz (S. 72).
— Bier, Besteuerung (S. 80). — Transport von Personen und Sachen mit Motor-
fahrzeugen (S. 81). — Wetterdienst (S. 85). — Staatsverträge Schweiz-Oesterreich
(S. 87). — Organisation der Vereinten Nationen (S. 91).

Bundesgesetz

betreffend

Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs

(Vom 28. September 1949)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 64 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 16. März 1948*),
beschliesst:

Art. 1

Das Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs
wird nach Massgabe der folgenden Bestimmungen abgeändert und ergänzt.

Art. 2

Die Artikel 57, 58 und 59, Absatz 1, werden aufgehoben und durch
folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 57. Für einen Schuldner, der sich im Militärdienst befindet, besteht
während der Dauer des Dienstes Rechtsstillstand.

*) BBl 1948, I, 1218

Hat der Schuldner vor der Entlassung oder Beurlaubung mindestens dreissig Tage ohne wesentlichen Unterbruch Dienst geleistet, so besteht der Rechtsstillstand auch noch während der zwei auf die Entlassung oder Beurlaubung folgenden Wochen.

Als Militärdienst gilt jeder besoldete schweizerische Militär- und Hilfsdienst, einschliesslich Luftschutzdienst.

Für periodische Unterhaltsbeiträge kann der Schuldner auch während des Rechtsstillstandes, wenn dieser drei Monate gedauert hat, auf Pfändung oder Pfandverwertung betrieben werden.

Art. 57 a. Kann eine Betreibungshandlung nicht vorgenommen werden, weil der Schuldner sich im Militärdienst befindet, so sind die zu seiner Haushaltung gehörenden erwachsenen Personen und, bei Zustellung der Betreibungsurkunden in einem geschäftlichen Betrieb, die Angestellten und gegebenenfalls der Dienstherr verpflichtet, dem Beamten die militärische Einteilung und Adresse und das Geburtsjahr des Schuldners mitzuteilen.

Die zuständige Kommandostelle gibt dem Betreibungsamt auf Anfrage die Entlassung oder Beurlaubung des Schuldners bekannt.

Gegenüber Personen, welche die Auskunftspflicht verletzen, bleibt die Bestrafung wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung (Art. 292 des Strafgesetzbuches) oder wegen Verletzung von Dienstvorschriften (Art. 72 des Militärstrafgesetzbuches) vorbehalten.

Art. 57 b. Gegenüber einem Schuldner, der wegen Militärdienstes Rechtsstillstand geniesst, verlängert sich die Haftung des Grundpfandes für die Zinse der Grundpfandschuld (Art. 818, Ziff. 3, des Zivilgesetzbuches) um die Dauer des Rechtsstillstandes.

In der Betreibung auf Pfandverwertung ist der Zahlungsbefehl auch während des Rechtsstillstandes zuzustellen, wenn dieser drei Monate gedauert hat.

Art. 57 c. Gegenüber einem Schuldner, der wegen Militärdienstes Rechtsstillstand geniesst, kann der Gläubiger für die Dauer des Rechtsstillstandes verlangen, dass das Betreibungsamt ein Güterverzeichnis mit den in Artikel 164 bezeichneten Wirkungen aufnimmt. Der Gläubiger hat indessen den Bestand seiner Forderung und ihre Gefährdung durch Handlungen des Schuldners oder Dritter glaubhaft zu machen, die auf eine Begünstigung einzelner Gläubiger zum Nachteil anderer oder auf eine allgemeine Benachteiligung der Gläubiger hinzielen.

Die Aufnahme des Güterverzeichnisses kann durch Sicherstellung der Forderung des antragstellenden Gläubigers abgewendet werden.

Art. 57 d. Der Rechtsstillstand wegen Militärdienstes kann vom Rechtsöffnungsrichter auf Antrag eines Gläubigers allgemein oder für

einzelne Forderungen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden, wenn der Gläubiger glaubhaft macht:

1. dass der Schuldner Vermögenswerte dem Zugriff der Gläubiger entzogen hat oder dass er Anstalten trifft, die auf eine Begünstigung einzelner Gläubiger zum Nachteil anderer oder auf eine allgemeine Benachteiligung der Gläubiger hinzielen, oder
2. dass der Schuldner, sofern er freiwillig Militärdienst leistet, zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Existenz des Rechtsstillstandes nicht bedarf, oder
3. dass der Schuldner freiwilligen Militärdienst leistet, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Art. 57 e. Die Bestimmungen über den Rechtsstillstand finden auch auf Personen und Gesellschaften Anwendung, deren gesetzlicher Vertreter sich im Militärdienst befindet, solange sie nicht in der Lage sind, einen andern Vertreter zu bestellen.

Dagegen geniessen Schuldner, die auf Grund eines Dienstverhältnisses zum Bund oder Kanton Militärdienst leisten, keinen Rechtsstillstand.

Art. 58. Für einen Schuldner, dessen Ehegatte oder dessen Verwandter oder Verschwägerter in auf- oder absteigender Linie gestorben ist, besteht vom Todestage an während der zwei folgenden Wochen Rechtsstillstand.

Art. 59, Abs. 1. In der Betreibung für Erbschaftsschulden besteht vom Todestage des Erblassers an während der zwei folgenden Wochen sowie während der für Antritt oder Ausschlagung der Erbschaft eingeräumten Überlegungsfrist Rechtsstillstand.

Art. 8

Artikel 92, Ziffern 1, 2, 3, 4 und 5, werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

(Unpfändbar sind:)

1. die dem Schuldner und seiner Familie zum persönlichen Gebrauche dienenden Kleider und Effekten, das Kochgeschirr, die Hausgeräte und Möbel, soweit sie dem Schuldner und seiner Familie unentbehrlich sind oder von vorneherein anzunehmen ist, dass der Überschuss des Verwertungserlöses über die Kosten so gering wäre, dass sich eine Wegnahme nicht rechtfertigt; in letzterem Falle sind diese Gegenstände mit der Schätzungssumme in der Pfändungsurkunde vorzumerken;
2. die religiösen Erbauungsbücher und Kultusgegenstände;
3. die Werkzeuge, Gerätschaften, Instrumente und Bücher, soweit sie dem Schuldner und seiner Familie zur Ausübung des Berufes notwendig

sind oder soweit von vorneherein anzunehmen ist, der Überschuss des Verwertungserlöses über die Kosten wäre so gering, dass sich eine Wegnahme nicht rechtfertigt; in letzterem Falle sind diese Gegenstände mit der Schätzungssumme in der Pfändungsurkunde vorzumerken;

4. nach der Wahl des Schuldners entweder zwei Milchkühe oder Rinder, oder vier Ziegen oder Schafe, sowie Kleintiere nebst dem zum Unterhalt und zur Streu auf vier Monate erforderlichen Futter und Stroh, soweit die Tiere für die Ernährung des Schuldners und seiner Familie oder zur Aufrechterhaltung seines Betriebes unentbehrlich sind;
5. die dem Schuldner und seiner Familie für die zwei auf die Pfändung folgenden Monate notwendigen Nahrungs- und Feuerungsmittel oder die zu ihrer Anschaffung erforderlichen Barmittel oder Forderungen.

Es werden folgende Ziffern 11 und 12 beigefügt:

11. die Renten gemäss Artikel 20 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung;
12. die Leistungen der Familienausgleichskassen.

Art. 4

Artikel 93 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 93. Lohnguthaben, Gehälter und Diensteinkommen jeder Art, Nutzniessungen und deren Erträge, Alimentationsbeträge, Alterspensionen, Renten von Versicherungs- und Alterskassen, Lohn- und Verdienstausschüttungen, Leistungen aus Arbeitslosenversicherungen und -unterstützungen, aus Krisen-, Wehrmänner- und ähnlichen Unterstützungen können nur soweit gepfändet werden, als sie nicht nach dem Ermessen des Betreibungsbeamten für den Schuldner und seine Familie unumgänglich notwendig sind.

Art. 5

Artikel 123 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 123. Wenn der Schuldner glaubhaft macht, dass er ohne sein Verschulden in finanzielle Bedrängnis geraten ist, und wenn er sich zu regelmässigen Abschlagszahlungen an das Betreibungsamt verpflichtet und die erste Zahlung geleistet hat, kann der Betreibungsbeamte die Verwertung bis auf höchstens sieben Monate hinausschieben.

Die Frist verlängert sich um die Dauer eines allfälligen Rechtsstillstandes. In diesem Falle sind nach Ablauf des Rechtsstillstandes die Raten und deren Fälligkeit neu festzusetzen.

Der Betreibungsbeamte setzt die Höhe und die Verfalltermine der Abschlagszahlungen fest; er hat dabei die Verhältnisse des Schuldners wie des Gläubigers zu berücksichtigen.

Bei Betreibungen für die in Artikel 219 genannten Forderungen der ersten Klasse und für periodische Unterhaltsbeiträge kann die Verwertung bis auf höchstens drei Monate aufgeschoben werden.

Der Aufschub fällt ohne weiteres dahin, wenn eine Abschlagszahlung nicht pünktlich erfolgt. Die Aufsichtsbehörde kann den Aufschub auf Beschwerde des Gläubigers und nach Anhörung des Schuldners jederzeit widerrufen oder an die Bedingung grösserer Abschlagszahlungen knüpfen, wenn der Gläubiger glaubhaft macht, dass der Schuldner imstande ist, sofort volle Zahlung oder grössere Raten zu leisten.

Art. 6

Die Artikel 126 und 127 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 126. Der Verwertungsgegenstand wird dem Meistbietenden nach dreimaligem Aufruf zugeschlagen, sofern das Angebot den Betrag allfälliger dem betreibenden Gläubiger im Range vorgehender pfandversicherter Forderungen übersteigt.

Erfolgt kein solches Angebot, so fällt die Betreibung in Hinsicht auf diesen Gegenstand dahin.

Art. 127. Ist von vorneherein anzunehmen, dass der Zuschlag gemäss Artikel 126 nicht möglich sein wird, so kann der Betreibungsbeamte auf Antrag des betreibenden Gläubigers von der Verwertung absehen und einen Verlustschein ausstellen.

Art. 7

Der dritte Absatz des Artikels 129 erhält folgenden Wortlaut:

Art. 129, Abs. 3. Wird die Zahlung nicht rechtzeitig geleistet, so hat das Betreibungsamt eine neue Steigerung anzuordnen, auf die Artikel 126 Anwendung findet.

Art. 8

Die Artikel 132 und 132^{bis} werden aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 132. Sind Vermögensbestandteile anderer Art zu verwerten, wie eine Nutzniessung oder ein Anteil an einer unverteilter Erbschaft, an einer Gemeinderschaft, an Gesellschaftsgut oder an einem andern gemeinschaftlichen Vermögen, so ersucht der Betreibungsbeamte die Aufsichtsbehörde um Bestimmung des Verfahrens.

Die gleiche Regel gilt für die Verwertung von Erfindungen, von gewerblichen Mustern oder Modellen, von Fabrik- und Handelsmarken und von Urheberrechten.

Die Aufsichtsbehörde kann nach Anhörung der Beteiligten die Versteigerung anordnen oder die Verwertung einem Verwalter übertragen oder eine andere Vorkehrung treffen.

Art. 9

Die Artikel 141 und 142 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 141. Die Artikel 126 und 127 finden auch auf die Verwertung von Liegenschaften Anwendung.

Art. 142. Ist eine Liegenschaft ohne Zustimmung des vorgehenden Grundpfandgläubigers mit einer Dienstbarkeit oder Grundlast belastet, so hat er das Recht, den Aufruf sowohl mit als ohne diese Last zu verlangen. Reicht das Angebot für die Liegenschaft mit dieser Last zur Befriedigung des Gläubigers nicht aus und erhält er ohne sie bessere Deckung, so ist er berechtigt, die Löschung der Last im Grundbuch zu verlangen. Bleibt nach seiner Befriedigung ein Überschuss, so ist dieser in erster Linie bis zur Höhe des Wertes der Last zur Entschädigung der Berechtigten zu verwenden.

Art. 10

Der zweite Satz des Artikels 143, Absatz 1, erhält folgenden Wortlaut:

Art. 143, Abs. 1, zweiter Satz. Auf diese Steigerung findet Artikel 126 ebenfalls Anwendung.

Art. 11

Der erste Absatz des Artikels 158 erhält folgenden Wortlaut:

Art. 158, Abs. 1. Konnte das Pfand wegen ungenügenden Angebotes (Artikel 126 und 127) nicht verwertet werden oder deckt der Erlös die Forderung nicht, so wird dem betreibenden Pfandgläubiger eine Bescheinigung ausgestellt, die diese Tatsache verurkundet.

Art. 12

Es wird folgender neuer Artikel 173 a eingefügt:

Art. 173 a. Weist der Schuldner nach, dass er ein Gesuch um Bewilligung einer Nachlaßstundung oder einer Notstundung anhängig gemacht hat, so kann das Gericht das Konkurserkennntnis aussetzen.

Art. 13

Artikel 213, Absatz 2, Ziffer 3, wird aufgehoben und durch folgenden Absatz 3 ersetzt:

Art. 213, Abs. 3. Die Verrechnung mit Forderungen aus Inhaberpapieren ist zulässig, wenn und soweit der Gläubiger nachweist, dass er sie in gutem Glauben vor der Konkurseröffnung erworben hat.

Absatz 3 wird Absatz 4.

Art. 14

Artikel 219, Absatz 4, zweite Klasse, wird wie folgt ergänzt:
g. die Beiträge an die Familienausgleichskassen.

Art. 15

Artikel 230 wird durch folgenden Absatz 3 ergänzt:

Art. 230, Abs. 3: Nach der Einstellung des Konkursverfahrens kann der Schuldner während zwei Jahren auch auf Pfändung betrieben werden.

Art. 16

Artikel 258 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 258. Der Verwertungsgegenstand wird nach dreimaligem Aufruf dem Meistbietenden zugeschlagen.

Bei der Verwertung einer Liegenschaft ist Artikel 142 anwendbar.

Art. 17

Nach der Überschrift «Elfter Titel. Nachlassvertrag» wird folgender Untertitel eingefügt:

I. Ordentlicher Nachlassvertrag.

Art. 18

Artikel 295, Absatz 1, wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 295, Abs. 1. Wird dem Begehren entsprochen, so gewährt die Nachlassbehörde dem Schuldner eine Stundung bis zu vier Monaten (Nachlaßstundung) und bestellt einen Sachwalter. Als solcher kann auch der Betreibungsbeamte oder ein Konkursbeamter bezeichnet werden.

Art. 19

Artikel 297 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 297. Während der Nachlaßstundung kann gegen den Schuldner eine Betreibung weder angehoben noch fortgesetzt werden; der Lauf jeder Verjährungs- oder Verwirkungsfrist, die durch Betreibung unterbrochen werden kann, ist gehemmt.

Jedoch ist auch während der Stundung für die in Artikel 219 genannten Lohnforderungen der ersten Klasse sowie für periodische Unterhaltsbeiträge die Betreibung auf Pfändung und für grundpfändlich gesicherte Forderungen die Betreibung auf Pfandverwertung zulässig; die Verwertung des Grundpfandes bleibt dagegen ausgeschlossen.

Art. 20

Folgende neue Artikel 301 *a*—301 *d* werden eingefügt:

Art. 301 a. Die Nachlassbehörde kann auf Begehren des Schuldners die Verwertung eines als Pfand haftenden Grundstückes für eine vor Einleitung des Nachlassverfahrens entstandene Forderung auf höchstens ein Jahr nach Bestätigung des Nachlassvertrages einstellen, sofern nicht mehr als ein Jahreszins der Pfandschuld aussteht. Der Schuldner muss indessen glaubhaft machen, dass er das Grundstück zum Betriebe seines Gewerbes nötig hat und dass er durch die Verwertung in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet würde.

Den betroffenen Pfandgläubigern ist vor der Verhandlung über die Bestätigung des Nachlassvertrages Gelegenheit zur schriftlichen Vernehmung zu geben; sie sind zur Gläubigerversammlung und zur Verhandlung vor der Nachlassbehörde persönlich vorzuladen.

Art. 301 b. Die Verfügung des Sachwalters über die Pfandschätzung ist zur Einsicht der Gläubiger aufzulegen und den Pfandgläubigern sowie dem Schuldner vor der Gläubigerversammlung schriftlich mitzuteilen.

Jeder Beteiligte ist berechtigt, innerhalb der Beschwerdefrist gegen Vorschuss der Kosten bei der Nachlassbehörde eine neue Schätzung durch Sachverständige zu verlangen. Hat ein Gläubiger die Schätzung beantragt, so kann er nur dann Ersatz der Kosten vom Schuldner beanspruchen, wenn die frühere Schätzung abgeändert wurde.

Streitigkeiten über die Höhe der Schätzung werden in letzter Instanz durch die kantonale Aufsichtsbehörde beurteilt.

Art. 301 c. Die in Artikel 301 *a* vorgesehene Einstellung der Verwertung fällt von Gesetzes wegen dahin, wenn der Schuldner das Pfand freiwillig veräussert, wenn er in Konkurs gerät oder wenn er stirbt.

Art. 301 d. Die Nachlassbehörde hat die von ihr gemäss Artikel 301 *a* angeordnete Einstellung der Verwertung auf Antrag eines betroffenen Gläubigers und nach Anhörung des Schuldners zu widerrufen, wenn der Gläubiger glaubhaft macht:

1. dass der Schuldner sie durch unwahre Angaben gegenüber der Nachlassbehörde erwirkt hat, oder
2. dass der Schuldner zu neuem Vermögen oder Einkommen gelangt ist, woraus er die Schuld, für die er betrieben ist, ohne Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz bezahlen kann, oder

3. dass durch die Verwertung des Grundpfandes die wirtschaftliche Existenz des Schuldners nicht mehr gefährdet wird.

Art. 21

Artikel 305, Absatz 1, wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 305, Abs. 1. Der Nachlassvertrag gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Gläubiger ihm zugestimmt hat und die von den annehmenden Gläubigern vertretene Forderungssumme mindestens zwei Drittel des Gesamtbetrages der in Betracht fallenden Forderungen ausmacht.

Art. 22

Artikel 306 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 306. Die Nachlassbehörde kann die Bestätigung des Nachlassvertrages verweigern, wenn der Schuldner zum Nachteil seiner Gläubiger unredliche oder sehr leichtfertige Handlungen begangen hat.

Ferner wird die Bestätigung an folgende Voraussetzungen geknüpft:

1. Die angebotene Summe muss in richtigem Verhältnis zu den Hilfsmitteln des Schuldners stehen, wobei die Nachlassbehörde auch dessen Erbanwartschaften in Anschlag bringen kann;
2. die Vollziehung des Nachlassvertrages und die vollständige Befriedigung der angemeldeten privilegierten Gläubiger muss hinlänglich sichergestellt sein, es sei denn, dass sie ausdrücklich hierauf verzichten.

Art. 23

Folgende Artikel 316 a—316 t werden eingefügt mit dem Untertitel:

II. Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung.

Art. 316 a. Durch den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung (Liquidationsvergleich) wird den Gläubigern nur das Verfügungsrecht über das schuldenrische Vermögen eingeräumt mit Einschluss grundbuchlicher Verfügungen. Sie üben es durch die Liquidatoren, die nicht Gläubiger zu sein brauchen, aus.

Die Zwangsvollstreckung für die unter den Nachlassvertrag fallenden Forderungen ist ausgeschlossen.

Art. 316 b. Der Nachlassvertrag hat Bestimmungen zu treffen über:

1. den Verzicht der Gläubiger auf spätere Geltendmachung eines bei der Liquidation nicht gedeckten Forderungsbetrages oder die genaue Ordnung eines allfällig vorbehaltenen Nachforderungsrechtes;
2. die Anzahl der Liquidatoren und Mitglieder des Gläubigerausschusses, die von der Gläubigerversammlung zu wählen sind;

3. die Abgrenzung der Befugnisse der Liquidatoren gegenüber denjenigen des Gläubigerausschusses;
4. die Art und Weise der Liquidation, soweit sie nicht im Gesetz geordnet ist;
5. die neben den amtlichen Blättern für die Gläubiger bestimmten Publikationsorgane.

Soweit die Regelung ungenügend ist, kann sie von der Nachlassbehörde ergänzt werden.

Wird nicht das gesamte Vermögen des Schuldners in das Verfahren einbezogen, so ist im Nachlassvertrag eine genaue Ausscheidung vorzunehmen.

Art. 316 c. Von einem Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung werden alle Schuldverpflichtungen betroffen, die vor der Bekanntmachung der Nachlaßstundung oder bis zur rechtskräftigen Bestätigung des Nachlassvertrages ohne Zustimmung des Sachwalters entstanden sind.

Die während der Nachlaßstundung mit Zustimmung des Sachwalters eingegangenen Verbindlichkeiten sind Masseverbindlichkeiten, auch in einem nachfolgenden Konkurs.

Art. 316 d. Mit der rechtskräftigen Bestätigung des Nachlassvertrages erlöschen das Verfügungsrecht des Schuldners und die Zeichnungsbefugnis der bisher Berechtigten.

Ist der Schuldner im Handelsregister eingetragen, so ist seiner Firma der Zusatz «in Nachlassliquidation» beizufügen. Die Masse kann unter dieser Firma für nicht vom Nachlassvertrag betroffene Verbindlichkeiten betrieben werden.

Die Liquidatoren haben alle zur Erhaltung und Verwertung der Masse gehörenden Geschäfte zu besorgen und vertreten die Masse vor Gericht.

Art. 316 e. Die Liquidatoren unterstehen der Aufsicht und Kontrolle des Gläubigerausschusses.

Gegen die Anordnungen der Liquidatoren über die Verwertung der Aktiven kann binnen zehn Tagen seit Kenntnisaufnahme beim Gläubigerausschuss Einsprache erhoben und gegen die bezüglichen Verfügungen des Gläubigerausschusses bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde geführt werden.

Art. 316 f. Die Liquidatoren und die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind den einzelnen Gläubigern in gleicher Weise wie die in Artikel 5 genannten Beamten für den Schaden verantwortlich, den sie ihnen durch ihr Verschulden verursachen; sie können dafür gerichtlich belangt werden.

Die Klage verjährt ein Jahr nach dem Tage, an welchem die Nachlassbehörde die Schlussrechnung zur Einsicht der Gläubiger auflegt.

Art. 316 g. Zur Feststellung der am Liquidationsergebnis teilnehmenden Gläubiger und ihrer Rangstellung wird ohne nochmaligen Schuldeneruf gestützt auf die Geschäftsbücher des Schuldners und die erfolgten Eingaben von den Liquidatoren ein Kollokationsplan erstellt und zur Einsicht der Gläubiger aufgelegt.

Art. 316 h. Die Aktiven werden in der Regel durch Eintreibung oder Verkauf der Forderungen, durch freihändigen Verkauf oder öffentliche Versteigerung der übrigen Vermögenswerte einzeln oder gesamthaft verwertet.

Die Liquidatoren bestimmen im Einverständnis mit dem Gläubigerausschuss die Art und den Zeitpunkt der Verwertung.

Art. 316 i. Liegenschaften, auf denen Grundpfandrechte lasten, können freihändig nur mit Zustimmung der Pfandgläubiger verkauft werden, die durch den Kaufpreis nicht gedeckt sind. Andernfalls sind die Liegenschaften durch öffentliche Versteigerung zu verwerten, wofür die Artikel 134—137, 142, 143, 257 und 258 gelten. Für Bestand und Rang der Grundpfandrechte und der Dienstbarkeiten ist der Kollokationsplan gemäss Artikel 316 g massgebend.

Art. 316 k. Die Pfandgläubiger mit Faustpfandrechten sind nicht verpflichtet, ihr Pfand an die Liquidatoren abzuliefern. Sie sind, soweit keine im Nachlassvertrag enthaltene Stundung entgegensteht, berechtigt, die Faustpfänder in dem ihnen gut scheinenden Zeitpunkt durch Betreibung auf Pfandverwertung zu liquidieren oder, wenn sie dazu durch den Pfandvertrag berechtigt waren, freihändig oder börsenmässig zu verwerten.

Art. 316 l. Verzichten Liquidatoren und Gläubigerausschuss auf die Geltendmachung eines bestrittenen oder schwer einbringlichen Anspruches, der zum Massevermögen gehört, wie namentlich eines Anfechtungsanspruches oder einer Verantwortlichkeitsklage gegen Organe oder Angestellte des Schuldners, so haben sie davon die Gläubiger durch Rundschreiben oder öffentliche Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen und ihnen die Abtretung des Anspruches zur eigenen Geltendmachung gemäss Artikel 260 anzubieten.

Art. 316 m. Für die Verrechnung gelten die Artikel 213 und 214. An die Stelle der Konkursöffnung tritt die Bekanntmachung der Nachlassstundung, gegebenenfalls des vorausgegangenen Konkursaufschubes gemäss den Artikeln 725, 817 und 908 des Obligationenrechts.

Art. 316 n. Vor jeder Abschlagszahlung haben die Liquidatoren den Gläubigern eine Verteilungsliste zuzustellen oder während zwanzig Tagen zu ihrer Einsicht aufzulegen. Die Verteilungsliste unterliegt während der Auflagefrist der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde.

Art. 316 o. Die Pfandgläubiger, deren Pfänder im Zeitpunkt der Auflage der vorläufigen Verteilungsliste schon verwertet sind, nehmen an einer Abschlagsverteilung mit dem tatsächlichen Pfandausfall teil. Dessen Höhe wird durch die Liquidatoren bestimmt, deren Verfügung nur durch Beschwerde gemäss Artikel 816 *n* angefochten werden kann.

Ist das Pfand bei der Auflegung der vorläufigen Verteilungsliste noch nicht verwertet, so ist der Pfandgläubiger mit der durch die Schätzung des Sachwalters festgestellten mutmasslichen Ausfallforderung zu berücksichtigen. Weist der Pfandgläubiger nach, dass der Pfänderlös unter der Schätzung geblieben ist, so hat er Anspruch auf entsprechende Dividende und Abschlagszahlung.

Soweit der Pfandgläubiger durch den Pfänderlös und allfällig schon bezogene Abschlagszahlungen auf dem geschätzten Ausfall eine Überdeckung erhalten hat, ist er zur Herausgabe verpflichtet.

Art. 316 p. Gleichzeitig mit der endgültigen Verteilungsliste ist auch eine Schlussrechnung, inbegriffen diejenige über die Kosten, aufzulegen.

Art. 316 q. Beträge, die nicht innert der von den Liquidatoren festzusetzenden Frist erhoben werden, sind bei der Depositenanstalt zu hinterlegen.

Nach Ablauf von zehn Jahren nicht erhobene Beträge sind vom Konkursamt zu verteilen; Artikel 269 ist sinngemäss anwendbar.

Art. 316 r. Zieht sich die Liquidation über mehr als ein Jahr hin, so sind die Liquidatoren verpflichtet, auf Ende jedes Kalenderjahres einen Status über das liquidierte und das noch nicht verwertete Vermögen aufzustellen sowie einen Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Status und Bericht sind in den ersten zwei Monaten des folgenden Jahres durch Vermittlung des Gläubigerausschusses der Nachlassbehörde einzureichen und zur Einsicht der Gläubiger aufzulegen.

Art. 316 s. Die vom Schuldner vor der Bestätigung des Nachlassvertrages vorgenommenen Rechtshandlungen unterliegen der Anfechtung nach den Grundsätzen der Artikel 285 bis 292. Die Anfechtung nach Artikel 286 und 287 erstreckt sich auf alle innerhalb der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Nachlaßstundung vorgenommenen Rechtshandlungen.

Ging der Nachlaßstundung ein Konkursaufschub gemäss den Artikeln 725, 817 oder 903 des Obligationenrechts voraus, so unterliegen auch die während dieser Zeit vorgenommenen gültigen Rechtshandlungen der Anfechtung nach Artikel 288; die Anfechtung nach den Artikeln 286 und 287 erstreckt sich auf die innerhalb der letzten sechs Monate vor der Bewilligung des Konkursaufschubes vorgenommenen Handlungen.

Soweit Anfechtungsansprüche der Masse zur ganzen oder teilweisen Abweisung von Forderungen führen, sind die Liquidatoren zur einredeweisen Geltendmachung befugt und verpflichtet.

Art. 316t. Soweit in den Artikeln 316a–316s keine abweichende Ordnung getroffen ist oder Abweichungen sich nicht aus der besondern Natur des Verfahrens ergeben, finden die allgemeinen Bestimmungen des Nachlassvertragsrechts auch auf den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung Anwendung.

Art. 24

Vor Artikel 317 wird folgender Untertitel eingefügt:

III. Nachlassvertrag im Konkurs.

Art. 25

Artikel 317b wird durch folgenden vierten Absatz ergänzt:

Art. 317b, Abs. 4. Nach Einreichung des Gesuches kann der Präsident der Nachlassbehörde durch einstweilige Verfügung die hängigen Betreibungen einstellen, ausgenommen für die in Artikel 317k bezeichneten Forderungen. Die Nachlassbehörde entscheidet, ob und wieweit die Zeit der Einstellung auf die Dauer der Notstundung anzurechnen ist.

Art. 26

In Artikel 317c wird folgende Bestimmung als Absatz 2 eingefügt:

Art. 317c, Abs. 2. Weist das vom Schuldner eingereichte Gläubigerverzeichnis nur eine verhältnismässig kleine Zahl von Gläubigern auf und wird es von der Nachlassbehörde als glaubwürdig erachtet, so kann sie von einer öffentlichen Bekanntmachung absehen und die Gläubiger, Bürgen und Mitschuldner durch persönliche Benachrichtigung vorladen.

Absatz 2 wird zu Absatz 3.

Absatz 3 wird zu Absatz 4.

Art. 27

Artikel 317g wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 317g. Während der Dauer der Stundung können Betreibungen gegen den Schuldner angehoben und bis zur Pfändung oder Konkursandrohung fortgesetzt werden. Gepfändete Lohnbeträge sind auch während der Stundung einzufordern. Dasselbe gilt für Miet- und Pachtzinse, sofern auf Grund einer vor oder während der Stundung angehobenen Betreibung auf Pfandverwertung die Pfandhaft sich auf diese Zinse erstreckt. Dagegen darf einem Verwertungs- oder einem Konkursbegehren keine Folge gegeben werden.

Die Fristen der Artikel 116, 154, 166 und 188 verlängern sich um die Dauer der Stundung. Ebenso erstreckt sich die Haftung des Grund-

pfandes für die Zinse der Grundpfandschuld (Art. 818, Ziff. 8, des Zivilgesetzbuches) um die Dauer der Stundung.

Unterliegt der Schuldner der Konkursbetreibung, so verlängern sich ausserdem die in Artikel 219 für Forderungen zweiter und dritter Klasse vorgesehenen Jahresfristen und die in den Artikeln 286 und 287 vorgesehenen Halbjahresfristen um die Dauer der Stundung.

Art. 28

Artikel 317*n* wird durch folgenden dritten Absatz ergänzt:

Art. 317n, Abs. 3. Der Schuldner, der ein Gesuch um Notstundung zurückgezogen hat oder dessen Gesuch abgewiesen worden ist, kann vor Ablauf eines halben Jahres keine Notstundung mehr verlangen.

Art. 29

Es wird folgender Artikel 317*o* eingefügt:

Art. 317o. Ist einer Aktiengesellschaft eine Notstundung bewilligt worden, so darf ihr innerhalb eines Jahres seit deren Beendigung kein Konkursaufschub gemäss Artikel 725 des Obligationenrechts gewährt werden.

Hat der Richter einer Aktiengesellschaft auf Grund von Artikel 725 des Obligationenrechts einen Konkursaufschub bewilligt, so darf ihr innerhalb eines Jahres seit dessen Beendigung keine Notstundung gewährt werden.

Diese Bestimmungen gelten auch beim Konkursaufschub der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Genossenschaft (Art. 817 und 908 des Obligationenrechts).

Art. 30

Artikel 8, Absatz 1, des Bundesgesetzes vom 30. September 1919 über die Versicherungskasse für die eidgenössischen Beamten, Angestellten und Arbeiter wird aufgehoben.

Art. 31

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Auf diesen Zeitpunkt werden alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, so insbesondere die Verordnung vom 24. Januar 1941 *) über vorübergehende Milderungen der Zwangsvollstreckung in der Fassung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juni 1947 **) betreffend teilweise Aufhebung der genannten Verordnung.

*) AS 57, 61.

**) AS 63, 476.

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 27. September 1949.

Der Präsident: **Escher**

Der Protokollführer: **Leimgruber**

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 28. September 1949.

Der Präsident: **Wenk**

Der Protokollführer: **Ch. Oser**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende am 20. Oktober 1949 *) öffentlich bekanntgemachte Bundesgesetz ist in die Sammlung der eidgenössischen Gesetze aufzunehmen und tritt am 1. Februar 1950 in Kraft.

Bern, den 18. Januar 1950.

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates,

Der Vizekanzler:

Ch. Oser

7828

*) BBl 1949, II, 661.

Bundesgesetz

über

die Revision des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz)

(Vom 25. Oktober 1949)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Anwendung von Artikel 81^{bis}, 82 und 82^{bis} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 8. April
1949,

beschliesst:

Art. 1

Artikel 7, Absätze 3 und 4, Artikel 8, 11, Absätze 2 bis 5, Artikel 13, Absätze 3 und 4, Artikel 19, 24, 35, Absatz 2, Artikel 37, Absatz 7, Artikel 38, 40, Absatz 2, Artikel 42, Absatz 2, Artikel 47, Absatz 1, Artikel 48, Absätze 1 und 4, Artikel 49, 50, Absatz 1, lit. a, Artikel 52, Absatz 2, Artikel 59, Absatz 1, Artikel 60, 61, Absatz 3, Artikel 64, 66, Absatz 3, und Artikel 68, Absatz 1, des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1932 über die gebrannten Wasser werden aufgehoben und durch die nachstehenden Bestimmungen ersetzt:

Art. 7, Abs. 3 und 4. ³ Brennapparate und Brennanlagen dürfen nur mit Bewilligung der Alkoholverwaltung erworben, aufgestellt, an einen neuen Standort verbracht, ersetzt oder umgeändert werden.

⁴ Der Bundesrat ist befugt, der Kontrolle der Alkoholverwaltung auch die Einrichtungen zu unterstellen, die zur Herstellung gebrannter Wasser dienen können und für welche eine Konzession nicht besteht. Auf solche Einrichtungen kann Absatz 3 anwendbar erklärt werden.

4. Konzessionen
mit Ablieferungs-
pflicht
a. Brennrecht
der Kartoffel-
brennereien

Art. 8. Das Brennen von Kartoffeln wird nur gestattet, soweit die Ernte nicht zweckmässig anders verwendet werden kann. Konzessionen werden von Fall zu Fall erteilt, wobei ein bestimmtes Kontingent festgesetzt wird.

Art. 11, Abs. 2 bis 5. ² Für gebrannte Wasser, die durch das Verarbeiten von inländischen Kartoffeln, von inländischem Kernobst, seinen Abfällen und Rückständen oder von Rückständen der Presshefe- und Rübenzuckerfabrikation aus inländischen Rohstoffen gewonnen werden, sind die Übernahmepreise so festzusetzen, dass sie dem Produzenten für seine Rohstoffe eine angemessene Vergütung unter dem Gesichtspunkt der Überschuss- und Abfallverwertung gewähren und dem Brenner bei wirtschaftlicher Brennereianlage und Betriebsführung einen angemessenen Brennlohn sichern und ihm die Verzinsung und Abschreibung seines Anlagekapitals ermöglichen.

³ Der Bundesrat wird die Brennereien verpflichten, den Produzenten für die Rohstoffe angemessene Mindestpreise im Sinne von Absatz 2 zu bezahlen. Dabei soll den Sorteneigenschaften und der Qualität der Rohstoffe Rechnung getragen werden.

⁴ Die Übernahmepreise für gebrannte Wasser gemäss Absatz 2 und die Mindestpreise für die Rohstoffe gemäss Absatz 3 sind unter Berücksichtigung der Interessen des Qualitätsobstbaues und eines leistungsfähigen Kartoffelbaues so festzusetzen, dass sie der Landesversorgung keinen Eintrag tun. Sie dürfen ferner die brennlose Verwertung des Obstes, der daraus gewonnenen Erzeugnisse sowie der Rückstände und Abfälle nicht beeinträchtigen und keine Ausdehnung des Mostobstbaues bewirken.

⁵ Die Preise gemäss den Absätzen 2 bis 4 sind rechtzeitig vor Beginn der Ernte nach Rücksprache mit den Beteiligten und nach Begutachtung durch die Fachkommission festzusetzen.

Art. 13, Abs. 3. ³ Das Brennerzeugnis ist dem Auftraggeber auszuhändigen.

Art. 19. ¹ Wer Kernobstbranntwein oder Spezialitätenbranntwein IV. Brennaufträge herstellen lassen will, kann einer Lohnbrennerei einen Brennauftrag erteilen.

² Produzenten, die ausschliesslich inländisches Eigengewächs oder selbstgesammeltes inländisches Wildgewächs brennen lassen, werden als den Hausbrennern gleichgestellte Brennauftraggeber mit Anspruch auf steuerfreien Eigenbedarf (Hausbrennauftraggeber) anerkannt, sofern sie den Anforderungen entsprechen, die der Bundesrat auf Grund von Artikel 3, Absatz 5, an die nicht gewerbsmässige Herstellung gebrannter Wasser stellt. Der Bundesrat ist jedoch befugt, die Zulassung von Hausbrennauftraggebern einzuschränken, soweit sich dies zur Vermeidung von Missbräuchen als notwendig erweist.

³ Wo besondere Verhältnisse die Benützung einer Lohnbrennerei nicht gestatten, kann die Alkoholverwaltung den Inhaber einer bestimmten Hausbrennerei zur Übernahme von Brennaufträgen oder zur mietweisen Überlassung seiner Brennerei an einen Hausbrennauftraggeber ermächtigen.

⁴ Die Bestimmungen für die Hausbrennerei über die Aufsicht sowie über die Verwendung und Besteuerung des Brennerzeugnisses gelten auch für die Hausbrennenauftraggeber.

⁵ Brennauftraggeber, welche nicht unter Absatz 2 fallen, unterstehen hinsichtlich der Zulassung zum Brennen, der Kontrolle sowie der Verwendung und Besteuerung des Brennerzeugnisses den Bestimmungen für die Gewerbebrenner. Brennauftraggebern mit kleiner Erzeugung können Erleichterungen in der Kontrolle eingeräumt werden.

⁶ Die Alkoholverwaltung kann die Erteilung von Brennaufträgen gemäss Absatz 5 untersagen, wenn der Auftraggeber wegen schwerer Widerhandlung gegen die Alkoholgesetzgebung oder wegen Widerhandlung im Rückfall bestraft worden ist oder wenn Trunksucht vorliegt. Ferner kann der Bundesrat die Erteilung von Brennaufträgen als mit bestimmten Gewerben unvereinbar erklären, wenn die Kontrolle über die Brennerrohstoffe und über die Erzeugung oder Verwendung des Branntweins erschwert wird.

VI. Verwendung der Brennerrohstoffe ohne Brennen

1. Allgemeine Fördermassnahmen

Art. 24. ¹ Der Bund unterstützt die Bestrebungen zur Verwendung der inländischen Brennerrohstoffe als Nahrungs- oder Futtermittel und zu andern Zwecken, die das Brennen ausschliessen.

² Durch Frachtbeiträge und andere Massnahmen ist dafür zu sorgen, dass ein möglichst grosser Teil der inländischen Kartoffel- und Obsternte sowie der Rückstände der Rübenzuckerfabrikation aus inländischen Rohstoffen dem Verbrauch als Nahrungsmittel, namentlich in Städten und Gebirgsgegenden, oder der Verwendung als Futtermittel zugeführt werden kann.

³ Der Bund fördert in Verbindung mit den Kantonen den Tafelobstbau.

⁴ Die Gewährung von Vergünstigungen kann von Bedingungen, besonders hinsichtlich der Qualität und der Preisgestaltung, abhängig gemacht werden.

⁵ Die Kosten dieser Massnahmen trägt die Alkoholverwaltung. Aufwendungen, die durch Massnahmen des Bundes zur Förderung des Ackerbaues oder zur Sicherstellung der Landesversorgung verursacht werden, fallen zu Lasten der Bundeskasse. Der Bundesrat setzt alljährlich den Betrag fest, der von der Bundeskasse zu übernehmen ist.

2. Besondere Massnahmen

Art. 24^{bis}. ¹ Der Bundesrat ist befugt, nach Rücksprache mit den Beteiligten Massnahmen zu treffen, um die Produktion von Kartoffeln und Obst den Absatzmöglichkeiten anzupassen und die Verwertung von Überschüssen ohne Brennen zu ermöglichen.

² Zu diesem Zweck kann er Vorschriften über die Produktionsrichtung und den Absatz, die Preisgestaltung und die Verwendung von

Kartoffeln und Obst, von deren Erzeugnissen und Rückständen sowie von Obstgehölzen aufstellen und entsprechende Massnahmen anordnen. Dabei darf für Erzeugnisse aus Kartoffeln und Obst eine Übernahmeverpflichtung nur zu Futterzwecken aufgestellt werden.

³ Die Produzenten sind zu angemessener Selbstversorgung, die Verwertungsbetriebe zu ausreichender Reservehaltung zu verpflichten.

Art. 24^{ter}. ¹ Wird die brennlose Verwertung von Kartoffeln und Obst inländischer Herkunft oder ihrer Erzeugnisse und Rückstände durch die Einfuhr gleichartiger Produkte wesentlich beeinträchtigt, so kann der Bundesrat diese Einfuhr zeitlich oder mengenmässig beschränken oder von der Übernahme angemessener Mengen inländischer Produkte gleicher Art abhängig machen.

² Wenn die brennlose Verwertung es erfordert, kann der Bundesrat die Futtermiteileinfuhr davon abhängig machen, dass Kartoffeln sowie Erzeugnisse und Rückstände aus Kartoffeln und Obst inländischer Herkunft zu Futterzwecken übernommen werden.

³ Um eine die brennlose Verwertung gefährdende Ausdehnung des Obstbaues zu verhüten, kann die Einfuhr von Obstgehölzen beschränkt und an besondere Bedingungen gebunden werden.

⁴ Der Bundesrat kann die Ausfuhr von Kartoffeln, Obst und deren Erzeugnissen von der Erfüllung besonderer Bedingungen abhängig machen.

⁵ Vor Erlass der in diesem Artikel vorgesehenen Bestimmungen ist mit den betroffenen Kreisen Rücksprache zu nehmen.

Art. 24^{quat}r. ¹ Beim Erlass von Vorschriften und bei der Durchführung von Massnahmen gemäss den Artikeln 24, 24^{bis} und 24^{ter} sind von den Beteiligten die Selbsthilfemassnahmen zu verlangen, die ihnen billigerweise zugemutet werden können.

² Die beteiligten Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände können zur Mitarbeit herangezogen werden.

³ Bei allen Massnahmen im Sinne der Artikel 24, 24^{bis} und 24^{ter} ist auf die berechtigten Interessen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher Rücksicht zu nehmen.

Art. 35, Abs. 2. ² Die Alkoholverwaltung bezahlt für die von ihr eingeführten gebrannten Wasser der Zollverwaltung die tarifgemässen Zollabgaben. Der Bundesrat kann statt dessen einen Pauschalansatz je Meterzentner Bruttogewicht jeweilen auf die Dauer von fünf Jahren festsetzen.

Art. 38. ¹ Die Preise und die übrigen Bedingungen für den Verkauf gebrannter Wasser durch die Alkoholverwaltung werden vom Bundesrat festgesetzt.

3. Bestimmun-
gen über
Einfuhr und
Ausfuhr

4. Selbsthilfe
und Mit-
arbeit der
Beteiligten

II. Verkaufs-
preise

² Die Verkaufspreise für die gebrannten Wasser zum Trinkverbrauch sind so anzusetzen, dass sie eine angemessene fiskalische Belastung ermöglichen.

³ Die Verkaufspreise für Spirit zur Herstellung der in Artikel 37, Absatz 2, genannten pharmazeutischen Erzeugnisse, Riech- und Schönheitsmittel sind so anzusetzen, dass sie eine dem Verwendungszweck Rechnung tragende mässige fiskalische Belastung erfahren.

⁴ Brennsprit wird zu den Beschaffungskosten abgegeben. Dabei dürfen die für Inlandware bezahlten Überpreise nicht in Anrechnung gebracht werden.

⁵ Der Preis für Industriesprit richtet sich nach dem Selbstkostenpreis der von der Alkoholverwaltung zur Abgabe als Industriesprit eingeführten Sorten.

⁶ Die Alkoholverwaltung hat die Verwendung der von ihr zu verbilligten Preisen gemäss den Absätzen 3 bis 5 abgegebenen gebrannten Wasser zu überwachen. Sie ist ermächtigt, hierzu alle erforderlichen Kontrollmassnahmen zu treffen. Der Abnehmer hat den mit der Kontrolle betrauten Organen, soweit dies zur Durchführung ihrer Aufgabe erforderlich ist, Zutritt zu seinen Geschäftsräumlichkeiten sowie Einsicht in seine Buchführung zu gewähren und jede erforderliche Auskunft zu erteilen.

Art. 40, Abs. 2. ² Eine solche Bewilligung ist für gewerbliche Brenner und Brennbeauftragte nicht erforderlich, wenn sie ausschliesslich die für ihre Rechnung erzeugten Branntweine zum Verkauf bringen.

Art. 42, Abs. 2. ² Zum gewerbsmässigen Versand über die Kantons-grenze hinaus bedarf es neben der Kleinhandelsbewilligung des Kantons, in dem sich der Geschäftssitz befindet, einer besonderen Versandbewilligung der Alkoholverwaltung, welche auch zur Aufnahme von Bestellungen berechtigt. Die Alkoholverwaltung erhebt für diese Bewilligung eine feste Jahresgebühr von tausend Franken. Die Voraussetzungen für die Erteilung der Kleinhandelsversandbewilligung werden durch Verordnung des Bundesrates geregelt. Zulässig ist auch die Einholung von Kleinhandelsbewilligungen in mehreren Kantonen.

Art. 47, Abs. 1. ¹ Die eidgenössische Alkoholrekurskommission entscheidet endgültig über Beschwerden gegen Verfügungen der Alkoholverwaltung betreffend:

- a. Erteilung, Verweigerung und Entzug von Bewilligungen zur Verwendung von verbilligtem Spirit oder von Industriesprit;
- b. Übernahme und Abgabe gebrannter Wasser durch die Alkoholverwaltung;
- c. Veranlagung der Steuer auf Spezialitätenbranntwein, der Selbstverkaufsabgabe auf Kernobstbranntwein und Festsetzung der Ersatzleistung für fiskalische Ausfälle;

- d. Erhebung und Rückerstattung der Monopol-, Zuschlags- und Ausgleichsgebühren;
- e. Rückvergütungen von Abgaben;
- f. Nach- und Rückforderungen von Abgaben.

Art. 48, Abs. 1 und 4. ¹ Die Beschwerde ist binnen dreissig Tagen seit Zustellung der Verfügung bei der Alkoholrekurskommission schriftlich einzureichen. Für die Beschwerdefrist gelten die Artikel 32—35 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege.

⁴ Wird eine Beschwerde ganz oder teilweise abgewiesen, so können die Kosten ganz oder teilweise dem Beschwerdeführer überbunden werden, und überdies kann ihm bei leichtfertiger Beschwerdeführung eine besondere Gebühr von zwanzig bis fünfhundert Franken auferlegt werden.

Art. 49. Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gemäss den Artikeln 97 ff. des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege ist zulässig gegen Verfügungen der Alkoholverwaltung:

1. Verwaltungs-
gerichts-
beschwerde

- a. über den Umfang des Alkoholmonopols,
- b. über Sicherstellungen und über Rückerstattung von Kautionen,
- c. in den Fällen der Artikel 6, 40 und 64, Absatz 3, dieses Gesetzes und des Artikels 11 des Bundesgesetzes über die Konzessionierung der Hausbrennerei.

Art. 50, Abs. 1, lit. a. ¹ Die Verwaltungsbeschwerde gemäss den Artikeln 124 ff. und 166 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege ist zulässig:

- a. gegen Verfügungen, die von Zollorganen in Anwendung der Alkoholgesetzgebung getroffen werden, an die Alkoholverwaltung, ausgenommen die Strafverfügungen, welche auf Grund von Artikel 60, Absatz 1, durch die Zollverwaltung erlassen werden; für diese gilt das Beschwerdeverfahren der Zollgesetzgebung.

Art. 52, Abs. 2. ² Mit der Busse kann die Einziehung der für die Widerhandlung verwendeten Brennereieinrichtungen sowie der Waren verbunden werden, die in verbotener Weise hergestellt, gereinigt, eingeführt, nicht abgeliefert oder nicht vorschriftsgemäss verwendet oder in Verkehr gebracht wurden. Artikel 6, Absatz 3, des Bundesgesetzes über die Konzessionierung der Hausbrennerei bleibt vorbehalten.

Art. 59, Abs. 1. ¹ Für die Feststellung der Widerhandlungen und die Verhängung der Strafen gelten, unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen, die Vorschriften über das Verfahren bei Übertretungen fiskalischer Bundesgesetze.

Art. 60. ¹ Nach durchgeführter Untersuchung entscheidet die Alkoholverwaltung über das Vorliegen einer Widerhandlung und trifft gegebenenfalls die Strafverfügung. Das eidgenössische Finanz- und Zolldepartement ist ermächtigt, für geringfügige, von den Zollbeamten aufgedeckte Fälle die Strafbefugnis der Zollverwaltung zu übertragen.

2. Administra-
tive Straf-
verfügung

² In leichten Fällen kann an Stelle der Busse eine Verwarnung treten.

³ Dem Verurteilten sind in jedem Falle die Kosten der Untersuchung aufzuerlegen.

⁴ Die Strafverfügung wird dem Beschuldigten durch eingeschriebenen Brief eröffnet. Sie hat eine kurze Begründung sowie die Angabe der Rechtsmittel und der dafür gesetzten Fristen zu enthalten. Ist der Wohnsitz des Beschuldigten nicht bekannt, so wird die Strafverfügung im Bundesblatt eröffnet.

⁵ Anerkennt der Beschuldigte den Übertretungstatbestand vor der Eröffnung der Strafverfügung oder unterzieht er sich der Verfügung binnen vierzehn Tagen nach ihrer Eröffnung, so hat er Anspruch auf eine Herabsetzung der Busse gemäss den Vorschriften über das Verfahren bei Übertretung fiskalischer Bundesgesetze.

⁶ Dem Beschuldigten, der den Übertretungstatbestand nicht anerkennt oder sich der Strafverfügung nicht unterzogen hat, steht das Recht zu, binnen vierzehn Tagen nach Zustellung der Strafverfügung bei der Eröffnungsbehörde durch schriftliche Einsprache die gerichtliche Beurteilung zu verlangen. Wird dieses Begehren innert der gesetzlichen Frist nicht gestellt, so ist die Strafverfügung gleich einem rechtskräftigen Urteil vollstreckbar.

⁷ Der Verurteilte und die mit ihm solidarisch haftenden Personen haben das Recht, gegen die Höhe der durch die Verwaltungsbehörde auferlegten Busse und der Kosten sowie gegen die Einziehung Verwaltungsbeschwerde zu erheben. Die Beschwerdefrist beträgt dreissig Tage.

Art. 61, Abs. 3. ³ Vorbehalten bleibt die Befugnis des Bundesrates, die Strafsache dem Bundesstrafgericht gemäss Artikel 281, Absatz 4, des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege zu überweisen.

VI. Schadenersatz

Art. 64. ¹ Die Bestrafung entbindet nicht von der Bezahlung des Betrages der geschuldeten Abgabe oder des fiskalischen Ausfalles. Die Alkoholverwaltung setzt den zu ersetzenden fiskalischen Ausfall fest. Sofern nicht ein Preisunterschied zwischen verschiedenen Alkoholsorten in Frage kommt, ist der Ausfall nach der Höhe der Monopolgebühr gemäss Artikel 92 zu bemessen. Der rechtskräftig festgesetzte Betrag dient als Grundlage für die administrative und die richterliche Strafbemessung.

² Zur Entrichtung der Abgabe oder der Ersatzleistung für fiskalischen Ausfall können ausser den Abgabepflichtigen auch die Personen solidarisch verpflichtet werden, welche bei der Hinterziehung oder Gefährdung der Abgaben oder bei der Entstehung des fiskalischen Ausfalles in schuldhafter Weise mitgewirkt haben.

³ Wird die Alkoholverwaltung durch eine Gesetzesübertretung geschädigt, so ist, abgesehen von der dafür verhängten Busse, ein angemessener Schadenersatz zu leisten. Sein Betrag wird durch die Alkohol-

verwaltung festgesetzt und unter Angabe der Gründe dem Beschuldigten durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt. Diese Verfügung kann durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden.

Art. 66, Abs. 3. ³ Die Umwandlung uneinbringlicher Bussen in Haft erfolgt auf Antrag der Alkoholverwaltung unter Aufsicht des Bundes durch die kantonalen Behörden gemäss den eidgenössischen Bestimmungen über die Umwandlung der Bussen in Haft. Die Dauer der Festhaltung gemäss Artikel 59, Absatz 3, wird auf die Umwandlungsstrafe angerechnet.

Art. 68, Abs. 1. ¹ Die Verwertung und die Auslösung eingezogener Gegenstände geschieht nach den Vorschriften über das Verfahren bei Übertretungen fiskalischer Bundesgesetze.

Art. 2

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Also beschlossen vom Nationalrat,
Bern, den 25. Oktober 1949.

Der Präsident: **Escher**
Der Protokollführer: **Leimgruber**

Also beschlossen vom Ständerat,
Bern, den 25. Oktober 1949.

Der Präsident: **Wenk**
Der Protokollführer: **Ch. Oser**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende, am 27. Oktober 1949*) öffentlich bekanntgemachte Bundesgesetz ist in die Sammlung der eidgenössischen Gesetze aufzunehmen und tritt am 1. März 1950 in Kraft.

Bern, den 26. Januar 1950.

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates

Der Vizekanzler:
Ch. Oser

*) BBl 1949, II, 722.

Bundesratsbeschluss
 betreffend
die Verlängerung der Ausführungsvorschriften
zur Besteuerung des Biers
 (Vom 20. Januar 1950)

Der Schweizerische Bundesrat,
 gestützt auf Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 21. Dezember 1949
 betreffend die Übergangsordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (Finanz-
 ordnung 1950—1951),

beschliesst:

Einziges Artikel

Die Vollziehungsverordnung vom 27. November 1934*) zum Bundesrats-
 beschluss vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer, ab-
 geändert und ergänzt durch die Bundesratsbeschlüsse vom 11. Februar 1936,
 21. September 1936 und 30. Dezember 1938, bleibt, mit Bezug auf die Bier-
 steuer, bis zum 31. Dezember 1951 in Kraft.

Bern, den 20. Januar 1950.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Max Petitpierre

Der Vizekanzler:

Ch. Oser

8934

*) AS 50, 1945.

Verordnung VII

zum

Bundesbeschluss über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen

(Kennzeichnung der Fahrzeuge)

(Vom 24. Januar 1950)

Der Schweizerische Bundesrat,

in Ausführung der Artikel 12, Absatz 2, 35, 36 und 38 des Bundesbeschlusses vom 30. September 1938 über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen,

beschliesst:

Art. 1

¹ An jedem im gewerbsmässigen Personen- und Sachentransport verwendeten Fahrzeug ist das Kennzeichen nach Anhang 1 anzubringen, das vom Eidgenössischen Amt für Verkehr verabfolgt wird.

Gewerbs-
mässiger
Verkehr

² Werden zwei oder mehrere Fahrzeuge auf Grund einer Wechseltransportkarte im gewerbsmässigen Verkehr verwendet, so wird für diese zusammen nur ein einziges Kennzeichen verabfolgt.

Art. 2

¹ An jedem auf Grund einer dauernden Ermächtigung zu gemischtem Verkehr verwendeten Fahrzeug ist ein Kennzeichen nach Anhang 2 anzubringen, das vom Eidgenössischen Amt für Verkehr verabfolgt wird.

Gemischter
Verkehr

² Werden zwei oder mehrere Fahrzeuge auf Grund einer Wechseltransportkarte im gemischten Verkehr verwendet, so wird für diese zusammen nur ein einziges Kennzeichen verabfolgt.

³ Für jedes auf Grund einer vorübergehenden Ermächtigung zu Transporten gegen Entgelt verwendete Fahrzeug wird ein Kennzeichen nach Anhang 3 verabfolgt, sofern die Dauer der Ermächtigung sieben aufeinanderfolgende Tage überschreitet. Dieses Kennzeichen wird von der kantonalen Behörde abgegeben, welche die Ermächtigung ausgestellt hat.

Art. 3

Werkverkehr.
Landwirtschafts-
traktoren

Für ausschliesslich im Werkverkehr verwendete Fahrzeuge oder im Sinne des Bundesratsbeschlusses vom 9. Juli 1943*) verwendete motorisch angetriebene landwirtschaftliche Maschinen werden keine Kennzeichen verabfolgt.

Art. 4

Kontrolle

¹ Die Kennzeichen sind mit dem Schweizerwappen und mit fortlaufender Nummer versehen.

² Auf den Transportkarten ist die Kennzeichennummer einzutragen.

Art. 5

Anbringen der
Kennzeichen

¹ Die Kennzeichen sind bei Motorfahrzeugen in der Nähe des vordern und bei Anhängern in der Nähe des hintern polizeilichen Kontrollschildes so zu befestigen, dass sie ständig sichtbar sind.

² Bei Fahrzeugen mit einer Wechseltransportkarte ist das Kennzeichen jeweils an dem Fahrzeug zu befestigen, mit welchem gewerbsmässige oder entgeltliche Transporte im gemischten Verkehr ausgeführt werden.

Art. 6

Rückgabe der
Kennzeichen

¹ Erlischt das Recht, ein Fahrzeug im gewerbsmässigen oder gemischten Verkehr zu verwenden, so ist das entsprechende Kennzeichen unaufgefordert der Behörde zurückzugeben, die es verabfolgt hat. Die Einziehung eines nicht zurückgegebenen Kennzeichens geschieht unter Kostenfolge.

² Bei einem Fahrzeugwechsel darf das Kennzeichen nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde für das neu in Verkehr gesetzte Fahrzeug verwendet werden.

Art. 7

Gebühren

¹ Das Kennzeichen wird gegen eine Gebühr von Fr. 2.50 abgegeben.

² Nachweisbar beschädigte oder verlorene Kennzeichen werden gegen Bezahlung der gleichen Gebühr ersetzt.

Art. 8

Abgabe der
Kennzeichen
an die Kantone

¹ Das Eidgenössische Amt für Verkehr stellt den zuständigen kantonalen Behörden die erforderliche Anzahl von Kennzeichen (Anhang 3) gegen Berechnung der Selbstkosten zur Verfügung.

² Die zuständigen kantonalen Behörden melden dem Eidgenössischen Amt für Verkehr monatlich die Nummern der verabfolgten Kennzeichen.

*) AS 59, 553.

Art. 9

¹ Wer die Vorschriften dieser Verordnung nicht einhält, namentlich
wer der Pflicht zur Kennzeichnung nicht nachkommt,
wer das Kennzeichen trotz Aufforderung nicht zurückgibt,
wer ein falsches oder verfälschtes oder ein nicht für das betreffende Fahrzeug bestimmtes Kennzeichen verwendet,
wird gestützt auf Artikel 35 der Autotransportordnung bestraft.

Straf-
bestimmungen

² Vorbehalten bleiben die Strafverfolgung auf Grund der Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches sowie der Entzug der Bewilligung oder Ernächtigung.

Art. 10

¹ Der Vollzug dieser Verordnung wird, soweit sie nichts anderes vorsieht, dem Eidgenössischen Amt für Verkehr übertragen.

Vollzug

² Das Eidgenössische Amt für Verkehr kann den zuständigen kantonalen Behörden Weisungen über die Durchführung dieser Verordnung erteilen.

³ Das Eidgenössische Amt für Verkehr übt die dem Bunde zustehende Aufsicht über den Vollzug durch die Kantone aus.

Art. 11

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1950 in Kraft.

Inkrafttreten

² Am 15. März 1950 müssen alle im gewerbsmässigen und gemischten Verkehr verwendeten Fahrzeuge mit den in dieser Verordnung vorgeschriebenen Kennzeichen versehen sein.

Bern, den 24. Januar 1950.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

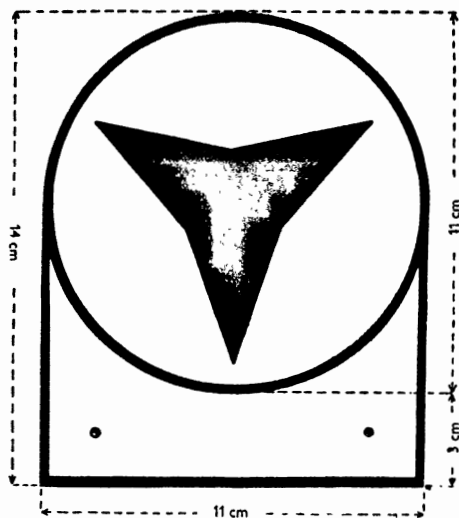
Der Bundespräsident:

Max Petitpierre

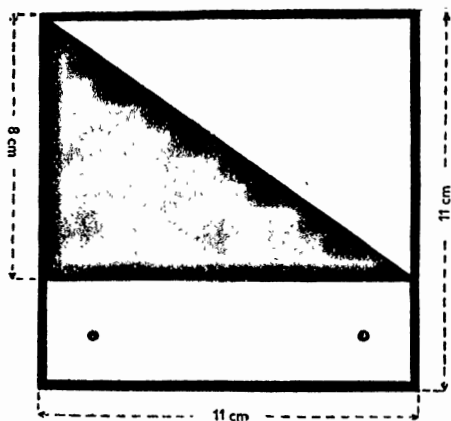
Der Vizekanzler:

Ch. Oser

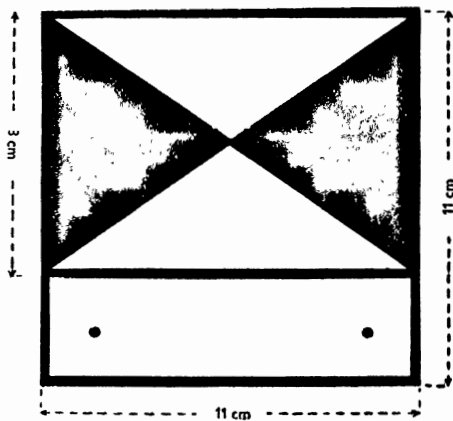
Anhang 1: Kennzeichen für Fahrzeuge im gewerbsmässigen Verkehr.
Farben Grund weiss, stilisiertes «T» und Ränder schwarz.



Anhang 2: Kennzeichen für Fahrzeuge mit Ermächtigung zu gemischtem Verkehr.



Anhang 3: Kennzeichen für Fahrzeuge mit Ermächtigung zu vorübergehenden Transporten gegen Entgelt (über 7 Tage).



Verfügung des Eidgenössischen Militärdepartements

über

den militärischen Wetterdienst

(Vom 17. Januar 1950)

Das Eidgenössische Militärdepartement,

gestützt auf Artikel 5 des Bundesratsbeschlusses vom 10. März 1948 über die Organisation des Armeewetterdienstes, im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement des Innern,

verfügt:

Art. 1

Die schweizerische Meteorologische Zentralanstalt (in der Folge «Zentralanstalt» genannt) stellt aus ihrem ständigen Personal nach Möglichkeit für die Einteilung in die Armeewetterkompagnie gemäss Sollbestandestabelle zur Verfügung:

- a. den Kommandanten, den Kommandant-Stellvertreter; auf jeden Fall aber den Fachstellvertreter;
- b. die Chefs der Wetterstellen, in erster Linie die Chefs der Flugwetterstelle, der Zentralwetterstelle und der Aerologiewetterstelle;
- c. das weitere Fachpersonal, insbesondere Meteorologen.

Die Zentralanstalt bezeichnet aus ihrem ständigen Personal einen geeigneten Fachbeamten für die Bearbeitung der Fragen des militärischen Flugwetterdienstes im Frieden zusammen mit der Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr (Direktion der Militärflugplätze). Dieser Fachbeamte kann der Chef der Flugwetterstelle der Armeewetterkompagnie sein.

Bei Neueinstellungen und der fachtechnischen Ausbildung des Personals der Zentralanstalt sind die militärischen Bedürfnisse gemäss Absatz 1 und 2 angemessen zu berücksichtigen.

Art. 2

Die Zentralanstalt ermöglicht ihrem in der Armeewetterkompagnie eingeteilten Personal, die fachtechnischen Vorbereitungen für den Dienst der Armeewetterkompagnie während der Arbeitszeit durchzuführen, soweit es sich nicht um die jedem Wehrmann gemäss Dienstreglement der Armee obliegenden

ausserdienstlichen Pflichten handelt. Massgebend für den Umfang der fachtechnischen Vorbereitungen ist das Pflichtenheft des Kommandanten der Armeeewetterkompagnie, welches durch die Generalstabsabteilung in Verbindung mit der Zentralanstalt aufzustellen ist.

Art. 3

Die Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr (Direktion der Militärflugplätze) sorgt im Frieden für die Übermittlung der meteorologischen Beobachtungen des Flugplatz- und Startpersonals an die Zentralanstalt.

Im aktiven Dienst werden die meteorologischen Beobachtungen der Organe der Armee durch das Kommando der Armeeewetterkompagnie an die Zentralanstalt gemeldet.

Die Zentralanstalt bedient im Frieden militärische Schulen und Kurse auf direkte Anfrage hin mit Wetterauskünften.

Art. 4

Diese Verfügung tritt am 1. Februar 1950 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt werden alle mit ihr in Widerspruch stehenden Vorschriften aufgehoben, insbesondere die Verfügung des Eidgenössischen Departements des Innern und des Eidgenössischen Militärdepartements vom 10. Juli 1945*) über die Durchführung des Militärwetterdienstes bei der Meteorologischen Zentralanstalt.

Die Generalstabsabteilung, die Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr und die Zentralanstalt werden mit dem Vollzug beauftragt; sie erlassen, unter gegenseitiger Kenntnissgabe, die nötigen internen Weisungen.

Bern, den 17. Januar 1950.

Eidgenössisches Militärdepartement:

Kobelt

8950

*) In der AS nicht veröffentlicht.

Weitergeltung der zwischen der Schweiz und Österreich abgeschlossenen Staatsverträge

Die Schweizerische und die Österreichische Regierung sind übereingekommen, dass nachfolgende zwischen der Schweiz und Österreich in Kraft gewesenen Staatsverträge weiterhin in Geltung stehen:

A. Mit dem Gebiete zusammenhängende Verträge:

(pro memoria)

1. Vertrag vom 14. Juli 1868 betreffend die Regulierung der Grenze bei Finstermünz;
2. Vertrag vom 30. Dezember 1892 betreffend die Regulierung des Rheins von der Illmündung bis zur Ausmündung desselben in den Bodensee, ergänzt durch
 - a. Protokoll vom 19. Mai 1903 betreffend Feststellung der Grenze im alten Rheinbett von Brugg bis zum Bodensee;
 - b. Vertrag vom 19. November 1924 über die Regulierung des Rheins von der Illmündung bis zum Bodensee.

B. Durch die Republik Österreich in der Zwischenzeit erneuerte Verträge:

I. Durch Notenaustausch vom 19. Dezember 1923:

1. Übereinkommen vom 12. August 1900 betreffend die Regelung der besonderen Beziehungen zwischen der schweizerischen und der österreichischen Postverwaltung.
Es wird jedoch festgehalten, dass das Übereinkommen revisionsbedürftig ist.
2. Vertrag vom 27. August 1870 zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn, zugleich Vertretung von Liechtenstein, dann Bayern, über die Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margrethen sowie von Feldkirch nach Buchs (Art. 17—21 durch den Abschluss des Übereinkommens vom 30. April 1947 betreffend den österreichischen Zolldienst in den Bahnhöfen St. Margrethen und Buchs ersetzt).

Die Einleitung von Besprechungen zwecks Abschluss eines neuen, den derzeitigen Verhältnissen angepassten Vertrags wird als wünschbar erachtet.

II. Durch Vertrag vom 25. Mai 1925 mit Anhang:

1. Vertrag vom 7. Dezember 1875 zur Regelung der Niederlassungsverhältnisse, Befreiung vom Militärdienst und den Militärsteuern, gleichmässige Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen, gegenseitige unentgeltliche Verpflegung in Krankheits- und Unglücksfällen und gegenseitige kostenfreie Mitteilung von amtlichen Anzeigen aus den Geburts-, Trauungs- und Sterberegistern.

Dabei wird folgendes festgehalten:

Die Eidgenössische Regierung erachtet die österreichischen Passvorschriften als dem Verträge nicht widersprechend und erhebt keine Einwendungen dagegen, dass österreichischerseits Antritt und Betrieb eines Gewerbes durch schweizerische Staatsangehörige von einer förmlichen Zulassung durch die politischen Landesbehörden im Sinne des § 8, Abs. 2, der österreichischen Gewerbeordnung abhängig gemacht wird, dass jedoch eine bereits erfolgte Zulassung bzw. ein früher auf Grund des § 8, Abs. 1, der österreichischen Gewerbeordnung erfolgter Antritt und Betrieb eines Gewerbes als erworbenes Recht betrachtet wird. Ihrerseits erachtet die österreichische Regierung die zur Zeit in der Schweiz bezüglich des Aufenthalts und der Niederlassung fremder Staatsangehöriger ergriffenen Massnahmen als mit den Bestimmungen des Vertrages nicht im Widerspruch stehend; es besteht aber das Einverständnis, dass jene österreichischen Staatsangehörigen ohne weiteres als fremdenpolizeilich zugelassen gelten, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Übereinkunft im Besitze einer Niederlassungsbewilligung im Sinne des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sind und dass ihnen nach erteilter Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung das Recht der Handels- und Gewerbefreiheit zusteht, sofern ihnen die Bewilligungsvorschriften und Bedingungen in dieser Hinsicht keine Beschränkung auferlegen.

2. Auslieferungsvertrag vom 10. März 1896.
3. Beglaubigungsvertrag vom 21. August 1916
samt dem Verzeichnis der obersten und höheren Verwaltungsbehörden, deren Fertigung keiner weiteren Beglaubigung bedarf, mit den Abänderungen vom 17. März 1926 und 15. September 1927.

III. Durch Notenwechsel vom 6. März 1926:

1. Übereinkunft vom 29. Oktober 1885 über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze domizilierten Medizinalpersonen zur Berufsausübung.

2. Erklärung vom 21./28. Oktober 1887 betreffend Wiederübernahme ehemaliger Staatsangehöriger.
3. Gegenseitigkeitserklärung vom Jahre 1898 betreffend die Auslieferung wegen Androhung gewaltsamer Handlungen gegen Personen.
4. Erklärung vom 30. Dezember 1899 betreffend den direkten Verkehr der beiderseitigen Gerichtsbehörden mit der Massgabe, dass die in Art. II aufgeführten österreichischen Behörden durch den Obersten Gerichtshof und die Generalprokuratur, die Oberlandesgerichte und die Oberstaatsanwaltschaften Wien, Linz, Graz und Innsbruck sowie sämtliche Staatsanwaltschaften in Österreich, die in Art. III, erster Satz, angeführten Behörden durch die Präsidien der Gerichtshöfe I. Instanz und die in Art. III, letzter Satz, angeführte Behörde durch das in Frage kommende Präsidium des Gerichtshofes I. Instanz zu ersetzen sind.
Weiter sind dem Verzeichnis der schweizerischen Gerichtsbehörden, denen der direkte Verkehr mit den österreichischen Gerichten gemäss Übereinkommen gestattet ist, beizufügen: das Schweizerische Bundesgericht in Lausanne, das Schweizerische Versicherungsgericht in Luzern, die Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern und die Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements in Bern.
5. Übereinkommen vom 6. Mai/17. Dezember 1910 betreffend den Korrespondenzwechsel zwischen dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und den österreichischen Provinzialbehörden.
6. Erklärung vom 15. März 1911 betreffend das gegenseitige Rückschubrecht auf der Bahnlinie St. Margrethen–Bregenz.

**C. Zwischen der Republik Österreich und der Schweiz
während der Zwischenkriegszeit abgeschlossene Staatsverträge:**

1. Gegenseitigkeitserklärung vom Jahre 1921 betreffend die Auslieferung exterritorialer Personen.
2. Vergleichsvertrag mit Schlussprotokoll vom 11. Oktober 1924.
3. Übereinkunft vom 3./19. Februar 1925 über die Ausschreibung von Justiz-Flüchtlingen.
4. Notenwechsel vom 6. März 1926 betreffend Regelung des Verfahrens bei der Übergabe und Übernahme von Verbrechern an der schweizerisch-österreichischen Grenze zum Zwecke einer Auslieferung, einer vorübergehenden Übergabe oder einer Durchlieferung.
5. Sonderabkommen vom 18. Dezember 1925/18. Februar 1926 betreffend den Telegraphenverkehr zwischen Österreich und der Schweiz (pro memoria: schon am 25. Februar 1946 wieder in Kraft gesetzt).

6. Vertrag vom 15. März 1927 über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen.
7. Übereinkommen vom 21. November 1936 betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen einschliesslich der der allgemeinen Benützung zugänglichen Betriebe zur gemeinsamen Personenbeförderung, mit Schlussprotokoll.
8. Gegenseitigkeitserklärung vom 18. Dezember 1936 betreffend Erleichterungen für die Einfuhr von Fremdenverkehrsmaterial.

Bern, den 5. Januar 1950.

Bundeskanzlei

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Abänderung der Verfassung

Die Generalkonferenz der UNESCO hat den Artikel IV der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die in der Sammlung der eidgenössischen Gesetze 1949 (S. 334) publiziert wurde, wie folgt abgeändert:

Artikel IV

Punkte 1 bis 8: unabgeändert.

Punkt 9: Ein Mitgliedstaat darf nicht an den Abstimmungen der Generalkonferenz teilnehmen, wenn er mit der Zahlung seiner Beiträge an die Kosten der Organisation im Rückstande ist und wenn dieser Rückstand die Summe seiner Beiträge für die zwei vollen verflossenen Jahre erreicht oder übersteigt.

Die Generalkonferenz kann jedoch diesem Mitgliedstaate erlauben, an den Abstimmungen teilzunehmen, wenn sie feststellt, dass der Verzug Umständen zuzuschreiben ist, die vom Willen des betreffenden Staates unabhängig sind.

D. Verfahren.

10. Die Generalkonferenz tritt jährlich zu einer ordentlichen Tagung zusammen; sie kann zu einer ausserordentlichen Tagung auf Einberufung des Exekutivrates zusammentreten. An jeder Tagung soll die Konferenz den Sitz der nächsten Tagung bestimmen.

11. Die Generalkonferenz stellt ihre Verfahrensvorschriften selbst auf. Sie wählt an jeder Tagung ihren Präsidenten und ihr Büro.

12. Die Generalkonferenz setzt technische Spezialausschüsse und sonstige Hilfsorgane ein, die sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben als notwendig erweisen.

13. Die Generalkonferenz trifft Anordnungen, um dem Publikum den Zutritt zu den Verhandlungen zu ermöglichen, vorbehaltlich der Bestimmungen ihrer Verfahrensvorschriften.

E. Beobachter.

14. Die Generalkonferenz kann, auf Empfehlung des Exekutivrates, mit Zweidrittelmehrheit und vorbehaltlich ihrer Verfahrensvorschriften, Vertreter internationaler Organisationen, vor allem der in Artikel XI, Paragraph 4, vorgesehenen, zu bestimmten Tagungen der Konferenz oder ihrer Ausschüsse als Beobachter einladen.

15. Wenn der Exekutivrat solche private oder halbouvernementale internationale Organisationen gemäss dem Verfahren von Artikel XI, Paragraph 4, in den Genuss von Übereinkommen zwecks Konsultation gesetzt hat, werden diese Organisationen eingeladen, Beobachter an die Tagung der Generalkonferenz und ihrer Ausschüsse zu schicken.

Bern, den 19. Januar 1950.

Bundeskanzlei

8951

AS-1950-03 vom 26.01.1950 (S. 57-92)

RO-1950-03 du 26.01.1950 (p. 57-92)

RU-1950-03 del 26.01.1950 (p. 57-92)

In	Amtliche Sammlung
Dans	Recueil officiel
In	Raccolta ufficiale
Jahr	1950
Année	
Anno	
Band	1950
Volume	
Volume	
Heft	03
Cahier	
Numero	
Datum	26.01.1950
Date	
Data	
Seite	57-92
Page	
Pagina	
Ref. No	30 000 104

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.